Nr. 14. 37. Jahrg.

Abend-Ausgabe.

15 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 13,50 Mk., monatl. 4,50 Mk. frei ins Haus, sonntags zahlbar. Postbezug: Monatlich 4,50 Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 7,75 Mk., für das übrige Ausland 12.— Mk. bei täglich einmal. Zustellung 10.— Mk. + Valuta-Aufschlag. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 2.— Mk., Teuerungszuschlag 60%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 75 Pfg. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 50 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 2.— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Donnerstag, den 8. Januar 1920.

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

# Schroff zurückgewiesen.

## Unsere Marschroute.

In der „Freiheit" hat Ernst Däumig über die „Leipziger Marschroute" geschrieben. Der Artikel enthält einige Sätze, die es nicht verdienen, in der unabhängigen Versenkung zu verschwinden. Dort heißt es nämlich wörtlich:

Das Gros unserer Partei ist in den Umsturztagen des vorigen Jahres genau so vom Sturm der Ereignisse überrascht worden wie die rechtssozialistische Partei. Und da die Unabhängige Partei ohne eine klar durchdachte und die Genossen für die revolutionäre Möglichkeiten vorbereitende Richtschnur in den Strudel der revolutionären Ereignisse des vorigen Jahres hineingezogen wurde, konnte auf der einen Seite der illusionäre Glaube an eine fruchtbare Zusammenarbeit mit den opportunistischen und von tausend Kriegssünden belasteteten Reformsozialismus entstehen, während auf der anderen Seite unter einem Teile der Genossen, die diesen Glauben nicht hatten, das einseitig-leidenschaftliche Streben entstand, die Methoden der russischen Revolution mechanisch auf die deutschen Verhältnisse zu übertragen, ohne sehen zu wollen, daß das Menschenmaterial und die revolutionäre Situation in Deutschland anders war als im kulturell rückständigen Agrarlande Rußland. So fand sich der größte Teil der führenden Genossen und der Mitglieder der U.S.P. in der trügerischen Hoffnung auf eine sozialistische Parlamentsmehrheit mit der Nationalversammlungsparole ab, während die kleine Schar der Ungestümen sich absplitterte, zur kommunistischen Partei zusammenschloß und unter dem Schlachtruf: „Steigern, steigern!" die revolutionäre Aktion vorwärtstreiben wollte, ohne zu merken, daß die große Masse des Proletariats seit den ersten Novembertagen schon längst wieder stumpf oder von demokratischen Illusionen benebelt zur Seite getreten war. Der kommunistischen Kampfparole folgte fast überall nur eine kleine Schar idealistischer Stürmer und Dränger, desto größer aber war die Gefolgschaft an streberhaften Desperados und politisch unzuverlässigen Lumpenproletariern. So wurde aus der beabsichtigten großen revolutionären Aktion der proletarischen Masse der von der offenen und versteckten Gegenrevolution provozierte Putsch, der den neudeutschen Söldnermilitarismus zum Reiter der Bourgeoisie . . . werden ließ.

Däumig ist weit davon entfernt, nun auch die Konsequenzen aus der Erkenntnis zu ziehen, daß Putsche nur die Gegenrevolutionäre stärken und den Militarismus neu aufpäppeln. Er spielt sofort wieder mit dem Gedanken einer neuen „Revolution". Dadurch begibt er sich aber des Rechts, auf die „politischen Desperados" und das „Lumpenproletariat" zu schimpfen, denn sein Heerbann wird sich zur gegebenen Zeit zur Hauptsache eben aus diesen Kreisen rekrutieren. Nicht nur die kleine Schar der idealistischen Stürmer und Dränger hatte im Januar und März die Situation völlig verkannt, sondern alle, die nicht mit Energie und jedem Mittel gegen das Verbrechen aufgetreten sind. Sowohl die U. S. P. wie die K. P. D. haben jene Bewegungen unterstützt und sind mitschuldig, daß die alldeutschen und monarchistischen Gegenrevolutionäre heute schon wieder glauben, Oberwasser zu haben, und daß Noske die Rolle spielen muß, die uns allen und ihm selbst so wenig behagt.

Däumig gibt heute das Märchen preis, als hätten die Unabhängigen die Revolution gemacht. Eine Revolution macht man bekanntlich nicht — aber die deutsche Umwälzung ist tatsächlich gemacht und ist deshalb keine Revolution geworden. Die deutsche „Revolution" ist gemacht worden von der Furcht vor der Front. So sicher ich weiß, daß diese Furcht nicht die alleinige Ursache war, so unerschütterlich fest steht es, daß der Widerwille gegen den Mord an der Front den Hauptausschlag gegeben hat. Die Massen, die sich in den Novembertagen gegen das alte Regime erhoben, trieb keine wirtschaftliche oder politische Idee. Wohl wußte die Mehrheit von ihnen, daß nach ihrem Gewaltakt der Strumpf nicht so weiter gestrickt werden konnte wie vor dem Kriege, wohl wollte sie politische und wirtschaftliche Aenderungen in den Kauf nehmen, aber sie hatte die Waffenarbeit an der Front nicht eingestellt, um in Deutschland den Brudermord zu üben. Deshalb standen die Revolutionäre der Novembertage den Januar- und Märzputschisten „stumpf" gegenüber, soweit sie als Sozialdemokraten nicht begriffen hatten, daß Sozialismus Organisation und Verwaltung heißt und deshalb alle demokratischen Kräfte in den Dienst stellten, das Himmelsgeschenk der Revolution in gangbare Münze umzuprägen.

Die sozialdemokratischen Volksbeauftragten hatten das Richtige erfaßt, als sie proklamierten: Sozialismus ist Arbeit.

Welchen Schaden die „Idealisten und Stürmer" mit ihrem „Weitertreiben der Revolution" angerichtet haben, ist mir nie so klar geworden wie vor einigen Tagen, als ich den Vortrag hörte, den der Sekretär der Petersburger Arbeiterräte, der Kommunist Otto Pertz, vor einem geladenen Publikum hielt. Er sagte etwa: Wenn man im November 1918 die russische Räteregierung gefragt hätte, was ihr lieber sei, eine deutsche Räteregierung oder Materialien zum Aufbau der russischen Wirtschaft, so hätte sie das letzte gewählt. Sie hätte es selbst von der alten Regierung genommen. Der russische Bauer braucht Kleineisenzeug. Der Mangel der Sowjetrepublik an Materialien ermöglichte es den Denikin, Koltschak und Genossen, Rußland abzuschnüren und eine große Hungersnot hervorzurufen. Er wisse nicht, wer den deutschen Arbeitern vorgelogen habe, Rußland könne an Deutschland Lebensmittel liefern (bekanntlich waren es die U-Sozialisten und Kommunisten), Rußland brauche vor allem deutsche Industrieerzeugnisse und könne noch lange keine Lebensmittel ausführen. Deshalb sei es ein Verbrechen an der Revolution, wenn in Deutschland die Produktion gehemmt werde. Ein Verbrechen sei es, die Diktatur des Proletariats anzustreben, wenn sie nicht sofort, ohne wirtschaftliche und politische Erschütterungen durchzusetzen sei.

Aus dem Vortrag von Pertz geht hervor, daß die deutsche Arbeit nicht nur, wie uns gewisse Leute glauben machen wollen, im Interesse der Kapitalisten liegt, sondern auch im Interesse der Arbeiter. Ohne deutsche Arbeit geht die russische Revolution vor die Hunde: das war das Leitmotiv, das durch alle Partien des Vortrages ging, den sich auch Ledebour anhörte. Das mögen sich die Berufsrevolutionäre in Deutschland gesagt sein lassen.

Der Vorwurf, den Pertz gegen die „Regierungssozialisten" erhob, ist derselbe, den wir von der U. S. P. und der K. P. D. entgegennehmen müssen. Er ist beinahe so unbegründet wie der Vorwurf der bürgerlichen Parteien, die Sozialdemokratie müsse nun einlösen, was sie vor dem Kriege ihren Anhängern versprochen habe, und deshalb taumele sie von einem wirtschaftsfeindlichen Experiment in das andere.

Wo und wann hat die deutsche Sozialdemokratie ihren Anhängern versprochen, die sozialistische Wirtschaftsverfassung nach einem vierjährigen Krieg, der alle wirtschaftlichen Vorbedingungen des Sozialismus zerstörte, in Deutschland einzuführen. Wir haben die Arbeiter immer wieder auf das Entwicklungsgesetz hingewiesen, das den Kapitalismus verurteile, dem Sozialismus Platz zu machen, sobald die überquellende Fülle des Reichtums der Gesellschaft die kapitalistischen Fesseln sprenge. In Deutschland gibt es keine überquellende Fülle des Reichtums, sondern nur Elend und Armut. Die wissenschaftlichen Führer der U. S. P. haben die Schwierigkeiten, die der Sozialisierung im Wege stehen, längst begriffen. Oskar Cohn sprach in der Nationalversammlung von der Unmöglichkeit, aus Deutschland eine sozialistische Insel zu machen, die vom kapitalistischen Meer umgeben sei. Die Aeußerungen Hilferdings, Kautskys, Ströbels u. a. sind bekannt genug, als daß wir sie wiederholen müßten. Nur die plattesten Dutzendagitatoren der U-Sozialisten krebsen noch mit der Sozialisierungsfrage. Dazu gehört auch der edle Stöffinger, der in seiner „Freien Welt" eine Ansicht der Kruppschen Werke bringt und das eine „schöne Gegend zum Sozialisieren" nennt. Die Arbeiter geht es natürlich nichts an, daß Krupp mit 36 Millionen Mark Verlust abschloß. Die „Räte-Zeitung" weiß aber um diesen Verlust und fügt trotzdem hinzu: Die Werke sind noch immer nicht sozialisiert. Das steht auf der Höhe des Sozialisierungswahnsinns, den in den ersten Revolutionstagen ein Berliner Gastwirtsgehilfe einmal Ausdruck gab: Die Luxushotels sind überhaupt nicht rentabel, die müssen sozialisiert werden.

Solche Fälle beweisen, was wir vom Sozialisierungsgeschrei der Unentwegten zu halten haben. Die Sozialdemokratie hat unbeirrt um das Geschrei von links und rechts ihren Weg zu gehen. Wie sie in den ersten Revolutionstagen mit sicherem Blick die Arbeit als die Vorbedingung erkannt hat, die allein uns unserem Ziele näher bringt, wie die Arbeit das einzige Mittel ist, die russische Revolution zu retten, so ist noch heute die Arbeit die einzige Marschroute, die zum Sozialismus führen kann.

Mag Däumig putschen, uns Sozialdemokraten laßt arbeiten!

Carl Lindow.

## Die deutschen Wünsche abgelehnt.

Am 24. Oktober hat die deutsche Regierung eine Note an den Obersten Rat übergeben, in welcher das Ersuchen gestellt wurde, die Vollmacht der interalliierten Kommissionen für die deutsch-polnischen Grenzfestsetzungen dergestalt zu erweitern, daß evtl. auch die im Friedensvertrage vorgesehenen allgemeinen Grenzlinien einer Aenderung unterzogen werden können.

Die Angelegenheit ist in den Verhandlungen mit Herrn von Simson in Paris erneut zur Sprache gebracht worden.

Daraufhin ist der deutschen Regierung am 8. Januar eine Note übergeben worden, in der der Oberste Rat den deutschen Vorschlägen nicht zustimmt und festsetzt, daß die Stipulation des Friedensvertrages unverändert aufrecht erhalten werden müßte.

Diese Entscheidung des Obersten Rates ist deshalb so bedauerlich, weil dadurch die Bemühungen der deutschen Bevölkerung in den in Frage kommenden Ortschaften ergebnislos geblieben sind. Vielleicht ist es in einem späteren Stadium möglich, daß den Wünschen der betreffenden Bevölkerung noch entsprochen werden kann.

## Keine Verkehrssperre.

Die Meldungen von einer bevorstehenden Verkehrssperre sind unrichtig. Das Verkehrsministerium hat sich mit einer neuen Verkehrsbeschränkung nicht befaßt. Wenn sie später etwa für nötig befunden werden sollte, ist man durch die Erfahrung belehrt, daß sie längere Zeit vorher angekündigt werden wird.

## Neutralität der Eisenbahnbeamten.

Der Vorstand des Gewerkschaftsbundes deutscher Eisenbahnbeamter im Bezirk Elberfeld hat keine Aufforderung zum Streik gegeben, da die Berliner Verhandlungen über den Lohntarif nicht unterbrochen sind. Auch die Arbeiterorganisationen haben weder den Generalstreik noch den Teilstreik oder Lokalstreik angeordnet. Trotzdem hat der Streik der Eisenbahnarbeiter in Düsseldorf und auf der Strecke Düsseldorf—Hagen—Hamm seit Dienstag an Stärke und Umfang zugenommen. Ein Teil der Unterführer hat sich deshalb an die Spitze der Streikleitung gestellt, um den Verlauf des Ausstandes in geordnete Bahnen zu führen.

Der Beamtenausschuß des Eisenbahndirektionsbezirkes Elberfeld hat angeordnet: Beamte und Hilfsarbeiter bleiben im Arbeiterstreik bis auf weiteres neutral. Die Entscheidung über die von uns aufgestellten Forderungen steht noch aus. Milch-, Lebensmittel- und Viehzüge fahren vorläufig unter unserer Kontrolle. Somit ist die Haltung der Eisenbahnbeamten vorläufig noch eine neutrale.

## Betriebsstillegung der A.-G. „Weser".

Mittwoch erlebte Bremen seit langen Monaten zum ersten Male wieder einen großen Demonstrationszug. Die A.-G. „Weser" hat ihren Betrieb wegen Kohlenmangels stillegen müssen, wodurch von 6600 Arbeitern 6000 beschäftigungslos werden. Die Arbeiter forderten nun in einer Versammlung auf dem Marktplatz, daß ihnen außer der Arbeitslosenunterstützung der volle Unterschied zwischen dieser Unterstützung und ihren heutigen Einnahmen gezahlt werde. Einer Kommission, die ins Rathaus entsandt wurde, sagte der Bürgermeister die Erfüllung dieser Forderung zu, worauf sich der Zug ohne Zwischenfälle auflöste.

## Für die dritte Internationale.

(Drahtung unseres Baseler Mitarbeiters.)

Die elsaß-lothringische Arbeiterpresse („Republikaner" — Mülhausen, „Freie Presse" — Straßburg, „Volkstribüne" — Metz) sprechen sich für Anschluß an die dritte Internationale aus. Es sollen nur solche Delegierte zum französischen Sozialistenkongreß nach Straßburg von den Kreisorganisationen abgeordnet werden, die für die dritte Internationale eintreten.

Auch ein Erfolg französischer Erlösungsmethoden!

## Die achte Klage.

Die „Deutsche Zeitung" vom 7. Januar veröffentlichte einen Artikel „Korruption", in dem die schwersten Beschuldigungen gegen die parteigenössischen früheren Minister Wissell und Scheidemann erhoben werden. Es wird den beiden Genossen vorgeworfen, daß sie sich hätten schmieren und für die Erteilung von Einfuhrscheinen bezahlen lassen. Das Erfreuliche an dem Artikel ist seine absolute Deutlichkeit, die unseren beiden Genossen Gelegenheit gegeben hat, bereits heute vormittag Strafantrag zu stellen.

Wieweit Genosse Wissell mit den in Frage kommenden Geschäften als Wirtschaftsminister beschäftigt gewesen ist, hat er im „Vorwärts" vom 31. Dezember 1919 klar und deutlich dargestellt. Genosse Scheidemann ist mit der ganzen Angelegenheit niemals befaßt gewesen.

Diese Klage ist die achte, die in der Affäre Sklarz von den Beschuldigten erhoben worden ist. Die alldeutsche Presse aber wird weiter behaupten, unsere Genossen wagten nicht, Klage zu erheben.

## Keine staatlichen Gelder für Parteizwecke.

Der Präsident des Preußischen Staatsministeriums hat der Landesversammlung die Mitteilung zugehen lassen, daß nach einer Untersuchung in den preußischen Ministerien seit Ausbruch der Revolution für parteipolitische Propagandazwecke Staatsgelder niemals verwendet worden sind.

## Reichswirtschaftspolitik.

Anläßlich einer Besprechung des Reichswirtschaftsministers Schmidt mit den Ministern von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen, die in Stuttgart stattfand, verlangten die Minister Auskunft über den Stand unserer Mehl- und Brotversorgung. Der Minister warnte vor übertriebener Besorgnis. In den möglichen Grenzen komme eine Steigerung der Einfuhr in Betracht. Der Reichswirtschaftsminister sicherte den süddeutschen Ländern volle Gleichberechtigung in der Versorgung zu, erbat aber andererseits die rückhaltlose Mitwirkung der Regierungen der Länder bei Erfassung der Vorräte.

Der Minister sprach sodann über Wirtschaftspolitik. Die Klagen Süddeutschlands in der Kohlenfrage seien nicht begründet, die Not im Reiche sei allgemein, Arbeiter für den Kohlenbergbau seien schwer zu haben und unterzubringen; immerhin habe man 50 000 neue Arbeiter in Baracken unterbringen können. Weitere Verbesserungen seien vom Bergarbeiter-Heimstättengesetz zu erwarten.

Dem „Ausverkauf" Deutschlands solle mit Verschärfung der Ausfuhrkontrolle und der Preisprüfung durch Selbstverwaltungskörper begegnet werden.

In der Ernährungsfrage verlangten die süddeutschen Minister Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion durch Bereitstellung von Düngemitteln. Vom Reichswirtschaftsministerium wurde möglichste Steigerung der Kali- und Stickstofferzeugung zugesagt.

Im Anschluß an Ausführungen des Reichswirtschaftsministers wurde über die mangelhafte Kohlenförderung, Produktion und insbesondere über die Wege für eine gerechtere und gleichmäßigere Verteilung der Kohle auf sämtliche Gebiete des Reiches eingehend verhandelt. Da die Beförderungsfrage dabei ganz besonders wichtig ist, wurde die Wiederholung der Sperre des Personenzugverkehrs auf 10 bis 14 Tage sowie das Einstellen des Personenverkehrs an Sonntagen erörtert. Zum Schlusse wurde der Wunsch geäußert, solche Aussprachen möglichst bald zu wiederholen.

## Kohlenverband werde hart!

Zu unserer Notiz in der Morgenausgabe vom 7. Januar 1920 schreibt uns der Reichskommissar für die Kohlenversorgung:

„Die Anschauung, die in dem Artikel „Kohlenkommissar werde hart!" zum Ausdruck kommt, wird von mir geteilt. Nur darf vielleicht zur Steuer der Wahrheit und um Verwechselungen, die im Publikum schon allzu häufig sind, nicht neue Nahrung zu geben, darauf hingewiesen werden, daß die betreffenden Ausführungen an die Adresse des Kohlenverbandes Groß-Berlin hätten gerichtet sein müssen. Diesem obliegt nämlich die Verteilung der Kohlen für den Hausbrand und die verwandten Gebiete in Berlin in eigener Zuständigkeit, und ihm obliegt deshalb auch, den Bedarf der Berliner Vergnügungsstätten entsprechend der allgemeinen Kohlennot und den von mir gegebenen Richtlinien einzuschränken.

Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung ist unmöglich in der Lage, diese Einzelaufgaben von sich aus zu erfüllen, da die Verhältnisse in jeder Stadt verschieden sind, und da die Leiter der verschiedenen Versorgungsbezirke einzig in der Lage sind, die örtlichen Verhältnisse sachgemäß zu beurteilen. Gerade mit Rücksicht hierauf haben auch die Vertreter der Städte bei Erlaß der Bestimmungen über die Hausbrandversorgung Wert darauf gelegt, daß ihnen für ihren Bezirk die Unterverteilung der einkommenden Hausbrandkohle übertragen werde. Für Groß-Berlin, das zum Kohlenverband Groß-Berlin zusammengeschlossen ist, obliegt diese Verteilung der Kohlenstelle Groß-Berlin, so daß die Ueberschrift Ihres Artikels sinngemäß also nicht lauten dürfte: „Kohlenkommissar werde hart!", sondern „Kohlenverband Groß-Berlin werde hart!".

## Späte Einsicht.

Die „Freiheit" schildert in mehreren Leitartikeln die Greueltaten des ungarischen weißen Terrors und schließt ihre Darstellung mit folgender Warnung:

> Diese Tatsachen, die nur einen kleinen Auszug des erdrückenden, blutigen Materials darstellt, daß der Henkergroßbetrieb von Ungarn tagtäglich produziert, ist ein Hilferuf, das „S. O. S." der sinkenden Schiffe, an die Kraft des Proletariats und an das Gewissen der Menschheit, und eine Mahnung an das Proletariat, was seiner harrt, wenn es die Macht ergreift, ohne sie behalten zu können.

Wir können diese Schlußfolgerung der „Freiheit" nur unterstreichen. Vielleicht beginnt jetzt aber auch der eine oder der andere der „Freiheit"-Leser einzusehen, daß die Mehrheitssozialdemokratie im höchsten Interesse der Arbeiterschaft handelte, als sie die von kurzsichtigen Hitzköpfen geforderte Diktatur des Proletariats nach ungarischem Muster auf das entschiedenste ablehnte. Ebensowenig wie in Ungarn wäre in Deutschland — schon wegen des Einschreitens der Entente — diese Diktatur von Bestand gewesen; und was dann gekommen wäre, das möge nur jeder recht aufmerksam in den drei Leitartikeln der „Freiheit" mit der Ueberschrift „Der weiße Terror in Ungarn" nachlesen.

In Finnland hat nach der Niederwerfung der Bolschewistenherrschaft monatelang ein ganz ähnlicher Terror geherrscht wie in Ungarn. Da man schließlich nicht wußte, wo man mit allen Eingekerkerten hinsollte — Finnland hat keine drei Millionen Einwohner, davon waren 60 000, also jeder fünfzigste Mensch, ins Gefängnis gesetzt —, hat man sich entschließen müssen, den größten Teil der Gefangenen zu „begnadigen", wohl auch, weil man ihre Arbeitskraft benötigte. Furchtbar komisch aber muß es wirken, wenn ausgerechnet die „Rote Fahne" dieserhalb ein Loblied auf die finnische Regierung singt und sie der deutschen Regierung als Musterbeispiel hinstellt.

## Oehmes Enthüllungen.

Genosse Franz Krüger schreibt uns:

Von einer Reise zurückgekehrt, erfahre ich erst jetzt von den „Enthüllungen" des Herrn Walter Oehme in der „Freiheit" über die angeblichen Vorgänge in der Nacht vom 23. zum 24. Dezember. Er behauptet, daß in dieser Nacht eine Kommission unter Führung Ledebours in der Reichskanzlei erschienen sei, um mit den Volksbeauftragten zu verhandeln, daß aber Ebert sich habe verleugnen lassen, obwohl er mit dem Kriegsminister in seinem Privatzimmer gesessen habe. Herr Oehme beruft sich dabei speziell auf mich und behauptet, bevor er seiner Bereitwilligkeit, Ledebour zu Ebert und dem Kriegsminister zu führen, nachkommen konnte, sei ich ihm bereits auf der Treppe begegnet und habe erklärt, die genannten beiden seien nicht mehr im Hause. Auf seine persönliche Frage hätte ich ihm dann bestätigt, daß beide doch noch im Hause seien, durch mich also wahrheitswidrig verleugnet würden.

Obwohl bereits von den verschiedensten Seiten die eigentümliche Wahrheitsliebe des Herrn Oehme bei diesen „Enthüllungen" beleuchtet worden ist, möchte ich nicht unterlassen, Ihnen noch mitzuteilen, daß ich am 23. Dezember 1918, kurz vor 12 Uhr nachts, die Reichskanzlei verlassen und mit dem letzten Zuge mich in meine Wohnung in Cöpenick begeben habe. Die Nacht vom 23. zum 24. Dezember habe ich dort zugebracht und bin erst am 24. Dezember, etwa um 7½ Uhr morgens, wieder in Berlin gewesen. Die ganzen Behauptungen des Herrn Oehme fallen also, soweit er sich auf mich beruft, völlig in sich zusammen. Ich gratuliere Herrn Oehme zu dem von ihm angebotenen Eid.

Ich stelle Ihnen anheim, von dieser Mitteilung den Ihnen geeignet erscheinenden Gebrauch zu machen.

## Geistige Waffen der Unabhängigen.

Aus Pommern wird uns von Parteiseite berichtet:

Am 4. Januar fand in Lassan eine Volksversammlung mit dem Genossen Schauer als Referenten statt. Als diese bekanntgegeben war, ging unter der Arbeiterschaft das Gerücht, daß der Einberufer einen Denkzettel haben solle, daß der Redner von der Bühne geholt werde und daß Schauer nicht zum Wort kommen dürfe. Gleich nach den ersten Sätzen der Rede Schauers veranstalteten denn auch vier bis fünf vorn placierte Radaubrüder einen Mordskrach, wobei sie von einem paar über den ganzen Saal verteilten Leuten ähnlichen Schlages unterstützt wurden. Als unser Genosse nicht wich, flogen 4 bis 5 Biergläser und 4 Stühle auf die Bühne. Von einem Glas wurde Schauer mit solcher Wucht vor die Brust getroffen, daß ein Knopf zersprang und ein in der Innentasche steckendes Etui zersplitterte. Als unsere Genossen nun erst recht nicht wichen, sprangen die seit langem gewerkschaftlich organisierten Tischler und Landarbeiter ein, die die Rowdys hinausbugsierten. Nach diesem Zwischenfall konnte die von rund 800 Personen besuchte Versammlung nach 2½stündiger Dauer in musterhafter Ordnung beendet werden.

## Neckisches Spiel.

Paris. Havas: Die Besprechungen ... dauern fort. Es hat den Anschein, daß sich die Verhandlungen noch einige Tage hinziehen dürften. Infolgedessen dürfte der Austausch der Ratifikationen kaum vor Beginn der nächsten Woche stattfinden ...

Also werden wir erst nächste Woche selig gesprochen.

## Bulgarische Streikunruhen.

Aus Saloniki wird gemeldet: In Bulgarien sprengten Streikende eine Eisenbahnbrücke auf der Strecke Sofia—Warna in die Luft. An anderen Punkten wurden ähnliche Versuche gemacht. Zweihundert Schuldige wurden verhaftet, von denen vier erschossen wurden.

## Kleine politische Nachrichten.

**Noble Prinzipien.** Ein neuer Erlaß der französischen Regierung warnt, wie unser Basler Mitarbeiter drahtet, französische und elsässische Schuldner vor Zahlungen an deutsche Gläubiger.

**Wieder frei.** Wie uns unser Schweizer Berichterstatter drahtet, sind die Nationalräte Genosse Schneider-Basel und Grimm-Bern nach sechsmonatiger Haft am Dienstag aus dem Gefängnis, wo sie wegen des Landesstreiks gesessen hatten, wieder entlassen worden. Die Arbeiterschaft von Basel und von Bern hat ihnen einen herzlichen Empfang bereitet.

**Der estnisch-russische Waffenstillstand** ist nach einer Londoner Meldung von der Roten Armee gebrochen worden, die nach kurzer Innehaltung trotz des getroffenen Abkommens plötzlich wieder heftiges Artilleriefeuer auf der ganzen Narwafront eröffnet haben soll. Dünaburg ist von Letten und Polen im Sturm genommen worden.

**Die türkische Nuß** ist bisher von der Entente noch nicht geknackt worden. Neue Konferenzen, die nach der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" Mitte nächster Woche in Paris beginnen und von den ersten Staatsmännern der Entente geleitet werden, werden sich als erstes das türkische Problem vornehmen. Lediglich Wallas, der Amerikaner, nimmt nicht als Bevollmächtigter, sondern nur als Berater an dieser Konferenz teil, was bedeutet, daß Amerika nicht beabsichtigt, irgendeinem Beschluß beizutreten, also freie Hand behält.

**Kriegsgrund.** Bei Port-Lobes in Mexiko sind zwei Amerikaner, Angestellte der Internationalen Petroleumgesellschaft, von Mexikanern ermordet worden.

## Im kleinen Frankreich.

### Ein grotesker Reinfall.

Der Franzose Ambroise Got, der einige Monate als Sekretär bei der Berliner französischen Militärmission beschäftigt gewesen ist, hat über seine Eindrücke von Deutschland nach der Revolution ein umfangreiches Buch veröffentlicht, in dem er nebenbei in einigen Einleitungskapiteln gleich auch das „französische Elsaß" für seine Landsleute entdeckt hat. Dabei ist er in einige Verlegenheit geraten. Er muß feststellen, daß ein großer Teil der Einwohner kein Wort französisch versteht, sondern einen „allemanischen Dialekt" redet, der mit dem Französischen ebenso wenig verwandt ist wie das Breionische, das Baskische und Flämische. Er wird wiederholt Zeuge von Auftritten, bei denen französische Soldaten die Einheimischen wegen ihrer Muttersprache als „Boches" beschimpfen und befürchtet von diesen Zwischenfällen so üble Folgen für das Zusammenleben von Elsässern und Franzosen, daß er exemplarische Strafen für die französischen Beleidiger fordert. Da er auf diesem Wege den „unveränderlich-französischen Grundcharakter" des Elsaß nicht entdecken kann, so hält er sich an die Steine. Das Münster ist für ihn das steinerne Sinnbild des beharrlichen Wartens und der unbeirrbaren Hoffnung der französischen Seele auf die Wiedergewinnung des Elsaß. Goethe war in seiner Flugschrift „von deutscher Baukunst" etwas anderer Ansicht, und von sämtlichen Münster-Baumeistern hätte nach den von den Franzosen heute im Elsaß zur Geltung gebrachten Grundsätzen kein einziger das politische Wahlrecht, denn sie waren alle „D-Kärtler", alle Vollblut-„Boches", von Erwin von Steinbach an, der den Bau entwarf, bis zu Johannes Hültz von Köln, der ihm den Schlußstein aufsetzte. Aber immerhin, wenn Herr Ambroise Got es so will, so bauten diese deutschen Meister ein halbes Jahrtausend zu früh vorausahnende Denkmäler des französischen Revanchekultes.

Doch dann ist Herrn Got etwas passiert, wofür er an die Spottsäule der Jahrhunderte gehört. Zum Beweise dafür, wie treu das Elsaß stets an Frankreich gehangen habe, führt er als ein rührendes Beispiel die Tatsache an, daß heute noch einer der ältesten Teile Straßburgs den Namen „im kleinen Frankreich" führe und ihn auch während der deutschen Zeit hartnäckig bewahrt habe. Ganz außer sich über diese Entdeckung himmelt Herr Ambroise Got diese „wackeligen Mauern mit den spitzen Giebeldächern, diese überhängenden Fachwerkgeschosse mit den bleigefaßten Butzenscheiben" an, die den Namen Frankreichs den Deutschen zum Trotz treu bewahrt haben, und ruft verzückt aus: „Ach, wenn ihr doch erzählen könntet!" Nun, verehrter Herr Ambroise Got, diese alten Mauern des „kleinen Frankreich" nahe an den Gedeckten Brücken der alten freien Reichsstadt Straßburg können erzählen, es ist eine sehr erbauliche Geschichte, und wenn's beliebt, so hören wir sie an.

Erbaut wurden sie im Anfange des 18. Jahrhunderts, wissen Sie, Monsieur Got, so um die Zeit, als der Rat der Stadt Straßburg die Schrift eines von dem französischen Könige bestochenen Mönches, der damals schon Gelüste Frankreichs auf das linke Rheinufer verfocht, öffentlich durch den Henker verbrennen ließ und der Humanist Jakob Wimpheling aus Schlettstadt grimmig die Worte schrieb: „Wir wollen nicht dulden, daß die übermütigen Gallier sich annahen, was unser ist!" Damals brachten die Landsknechte des Straßburger Heerbannes, die unter den kaiserlichen Fahnen in Welschland gefochten hatten, eine böse Krankheit mit heim, die man später Lustseuche oder Syphilis genannt hat, die aber allgemein nur „die Franzosen" hieß, weil sie bei diesem galanten Volke zuerst aufgetreten war. Die Kranken mußten vom Rate der Stadt isoliert werden, um die bürgerliche Bevölkerung nicht in Gefahr zu bringen. Dazu richtete die Stadt einige Häuser auf der grünen Insel ein, die seitdem den spöttischen Namen „kleines Frankreich" führte, während ihre Insassen noch bis ins 18. Jahrhundert in der ganzen Stadt nur die Franzosen genannt wurden. Dann wurde 1771 das Siechenhaus für Geschlechtskranke verlegt, die volkstümliche Ortsbezeichnung aber wurde beibehalten, und ihr Sinn ist heute noch in Straßburg allgemein bekannt.

„Nein! Nein und abermals nein! Es ist nicht der germanische Geist, der über diesen bemoosten Gemäuern schwebt", so schließt Herr Ambroise Got pathetisch seine Apotheose dieses rührenden Beispiels der elsässischen Anhänglichkeit an Frankreich, des Straßburger „kleinen Frankreichs". Der Gute, er hat nicht geahnt, wie recht er hatte! W. S.

## Die Schulgeschichtsbücher.

Nach einem Erlaß des Ministers Haenisch dürfen die jetzt gebrauchten Lehrbücher für Geschichte im Klassenunterricht nicht weiter benutzt, ihre Anschaffung darf von den Schülern und Schülerinnen nicht mehr verlangt werden. Sie „genügen nicht mehr den an sie zu stellenden Anforderungen", heißt es in der Verfügung, und mit Recht. Denn ihr Hauptinhalt ist die Geschichte der Hohenzollern und der Kriege, die einseitig vom dynastischen, militärischen, nationalistischen Standpunkt beurteilt werden. Die Kulturgeschichte und die staatsbürgerlichen Kenntnisse treten fast ganz zurück.

Als Beispiel sei das an sehr vielen höheren Schulen eingeführte Geschichtsbuch von Neubauer erwähnt. Vor mir liegt eine Bearbeitung für Mädchenschulen von Walter. In dem ersten Teile (Ausgabe B, 9. Auflage, 1913), der für Schülerinnen im Alter von 9—11 Jahren (!) bestimmt ist, werden z. B. den Kriegen Cäsars zwei Seiten gewidmet, denjenigen Karls des Großen und Friedrichs des Großen ebenfalls je zwei Seiten, dem Kriege 1870/71 sogar 6 Seiten, aber den Friedensjahren Wilhelms I. nur ¾ Seiten. Kaiser Wilhelms II. Regierungszeit ist auf 2½ Seiten behandelt, und zwar sein Leben (byzantinische Anekdoten aus seiner Schulzeit, seiner Studienzeit, seinem Familienleben usw.) auf zwei Seiten, die Geschichte Deutschlands unter seiner Regierung aber nur auf einer halben Seite. Unsere wirtschaftliche Entwicklung von 1871—1888 und von 1888—1893 ist also ein Viertel so wichtig, wie es die Kriege Cäsars oder Karls des Großen sind, ein Zwölftel so wichtig wie die Schlachten des Deutsch-französischen Krieges von 1870/71.

Dasselbe Bild gibt die in dem Buche befindliche Geschichtstabelle. Aus dem 19. Jahrhundert sollen die Schülerinnen Zahlen über die folgenden Ereignisse merken: „Die Regierungszeit Friedrich Wilhelms III. Niederlage Preußens bei Jena und Auerstädt. Friede zu Tilsit. Der Tod der Königin Luise. Die Befreiungskriege. Die Siege der Verbündeten bei Großbeeren, an der Katzbach, bei Leipzig. ..." Und so geht es weiter. Kleine Mädchen sollen unterrichtet werden, als ob man aus ihnen Strategen machen will.

Selbstverständlich ist mit dem Verbot der Geschichtsbücher noch nicht der Geschichtsunterricht reformiert. Aber die Eltern brauchen kein Geld mehr für Bücher auszugeben, deren Inhalt sie schwer verletzt, da er ein Hohn auf die Gegenwart ist. In dem für Prima bestimmten Geschichtsbuche von Neubauer (Ausgabe A, 5. Teil), heißt es z. B. von der Flotte: „Ihre Notwendigkeit erkannt und mit aller Kraft auf ihre Errichtung hingewirkt zu haben, ist sein (Wilhelms II.) weltgeschichtliches Verdienst." „Der sozialistische Zukunftsstaat" wird „ein Zwangsstaat" genannt, „ein von inappellablen Demagogen regiertes Zuchthaus." Diese Worte stehen noch in einer Ausgabe vom Jahre 1918, die also 3 bis 4 Jahre nach Bewilligung der Kriegskredite durch die Sozialdemokratie erschienen ist.

Demgegenüber fordere ich für den neuen Geschichtsunterricht: „Objektive Beurteilung aller geschichtlichen Persönlichkeiten. Keine parteipolitische Beeinflussung der Jugend. Aufklärung der Schüler über die Kulturwidrigkeit der Kriege. Keine Verherrlichung der Machtpolitik. Erweckung des Verständnisses für den Völkerbund und die internationalen Schiedsgerichte. Bekämpfung jedes Gedankens eines Revanchekrieges. Berücksichtigung der materialistischen Geschichtsauffassung." Dr. Erich Witte.

**Das Ende der Eskimo-Romantik.** Die Regierung in Washington trägt sich mit dem Plane, für die Eskimos der Behringstraße feste Hütten aufzurichten, in denen sie von jetzt ab leben sollen. Damit ist das Ende der Eskimo-Romantik besiegelt, das bisher die Polarforscher und ihren Leserkreis entzückte. Denn wenn die eigentümliche Schneehütte des Eskimos verschwindet, dann wird mit den Holzhütten, die ihnen die Amerikaner erbauen, auch bald die ganze Zivilisation mit ihren „Segnungen" einziehen. Sie werden mit Automobilschlitten und Kinos versorgt werden, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß sie die vom Alkohol „befreiten" Yankees auch mit dem bei ihnen nun überflüssig gewordenen „Feuerwasser" beglücken.

**Joseph Josephi**, der Operettensänger, ist, 68 Jahre alt, in Berlin gestorben. Er war zuletzt in der Revue im Ebentheater aufgetreten. Sein Name ist verknüpft mit dem Metropoltheater, als es noch Revuen gab, und mit der Wiener Operette, die er noch in ihrer Blüte im „Theater an der Wien" mit zum Siege führte.

**Ein technisches Reichsministerium** hat der Reichsbund Deutscher Technik als Hauptpunkt seiner vom 9.—11. ds. in Hannover stattfindenden Reichstagung auf die Tagesordnung gestellt. Weiterhin wird gefordert, daß der Lehrplan der deutschen Schule mit dem für unsere Volksbildung so notwendigen technischen Geiste durchsetzt werde.

**Ueber den Genter Altar** spricht Sonnabend, den 10. Januar cr., 7½ Uhr, Dorotheenstr. 12, Dr. E. Cohn-Wiener.

**Die Volksunterhaltungsveranstaltungen des Schiller-Theaters** im „Schillersaal" im ersten Kalender-Quartal werden am Dienstag, den 13. Jan., mit einem Vortragszyklus des Prof. Paul Schubring eröffnet, der über „Raffael und Michelangelo" (Die Kunst der Hochrenaissance) sprechen wird. — Am Freitag, den 16. Januar, folgt Fritz Stahl mit 10 Vorlesungen über „Ein Jahrhundert Berliner Kunst". Alle Vorträge sind mit Lichtbildern. Abonnement für jeden Zyklus 10 M. Beginn ist 4½ und 5 Uhr nachmittags. — Am 18. Januar beginnen die Dichter- und Tondichter-Abende mit einem Gounod-Abend. — Im Schiller-Theater Charlottenburg findet Sonntag, den 18. Jan., das erste diesjährige Sonntagsmittags-Konzert statt. Abonnementshefte für 5 Konzerte 10 M.

# Wirtschaft.

### Deutsch-polnischer Warenaustausch.

Ueber den deutsch-polnischen Warenaustausch, der durch den Deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrag vereinbart ist, bringt die „Tägl. Rundschau" folgende genaue Ziffern:

Die genauen Ziffern des deutsch-polnischen Warenaustausches, wie er in den Berliner Verhandlungen vereinbart wurde, sind:

| | |
|---|---|
| **Deutschland liefert:** | |
| Monatlich 75 000 Tonnen Kohlen zu 120 M. die Tonne, fünf Monate lang | 450 000 000 M. |
| Einmalig 50 000 Tonnen Kohlen aus seinen Vorräten | 6 000 000 „ |
| Leihweise 5000 Zisternen auf drei Monate, zu 100 M. monatlich | 1 500 000 „ |
| Leihweise 100 Lokomotiven und 3000 Waggons auf 150 Tage | 9 900 000 „ |
| 100 Waggons Stickstoffdünger, die Tonne zu 1000 M. | 4 000 000 „ |
| Insgesamt für | 471 400 000 M. |
| **Polen liefert:** | |
| 5 500 000 Zentner Kartoffeln zu 16 M. | 88 000 000 M. |
| 100 000 Gänse zu 20 M. | 2 000 000 „ |
| 20 000 Zentner Melasse zu 15 M. | 300 000 „ |
| 1 000 000 Liter Spiritus zu 80 M. | 80 000 000 „ |
| Insgesamt für | 120 300 000 „ |

Der Ueberschuß zugunsten Deutschlands beträgt demnach 351 100 000 M.

### Sowjetfinanzen.

Die „Voss. Ztg." veröffentlicht aus dem Bericht des Sowjetkommissars der Finanzen, Krestinski, folgende Zahlen aus dem russischen Budget (Staatshaushaltsrechnung).

| | 1. Halbjahr 1918 | 2. Halbjahr 1918 | 1. Halbjahr 1919 | Zusammen |
|---|---|---|---|---|
| | (in 1000 Rubeln) | | | |
| Ausgaben | 17 602 727 | 29 074 194 | 50 702 627 | 97 379 548 |
| Einnahmen | 2 852 727 | 12 720 194 | 20 849 627 | 35 922 548 |
| Defizit | 14 750 000 | 16 354 000 | 30 853 000 | 61 457 000 |

Das Defizit ist innerhalb von 18 Monaten auf 61½ Milliarden Rubel angewachsen. Es ist in Wirklichkeit viel höher, denn die Ziffern der Einnahmen sind nachweisbar fiktiv. Die Steigerung in den Einnahmen vom 1. zum 2. Halbjahr 1918 erklärt sich daher, daß man die der Bourgeoisie auferlegte Vermögensabgabe von 10 Milliarden mit diesem vollen Betrage in Rechnung gestellt hat, obwohl sie, nach Ziffern derselben Sowjetregierung, insgesamt nur 979 159 273 Rubel, also noch nicht ein Zehntel erreicht hat. Das Gleiche gilt von der Zunahme in den Einnahmeziffern des dritten Budgets. Daselbst taucht plötzlich mit der Kleinigkeit von 14 789 769 868 Rubel ein Posten „Staatseigentum und Staatskapital!" auf, der in den beiden ersten Budgets der Sowjetregierung mit je nur 50 Millionen Rubel eingestellt war. Daraus sind plötzlich nahezu 15 Milliarden Rubel geworden! Unter Berücksichtigung dieser Kunstgriffe stellt sich die Höhe der Fehlbeträge in Wirklichkeit wie folgt dar:

| 1. Halbj. 1918 | 2. Halbj. 1918 | 1. Halbj. 1919 | Zusammen |
|---|---|---|---|
| | (in 1000 Rubeln) | | |
| 17 063 127 | 25 874 841 | 45 142 269 | 87 580 237 |

Erfahrene russische Beurteiler schätzen die Höhe der Notenzirkulation um die Mitte des Jahres 1919 auf etwa 80 Milliarden Rubel. Seither hat die Summe sicherlich stark zugenommen. Um wieviel, entzieht sich einstweilen jedem Urteil.

Man könnte zu der Auffassung kommen, diese ungeheuerliche, unheilvolle, ja geradezu groteske Verwirrung der russischen Finanzlage sei von den Moskauer Gewaltbabern gewollt. Nein. Sie bemühen sich im Gegenteil, den Notenumlauf herabzudrücken, indem sie sich für gewisse innere Verrechnungen in immer größerem Umfange des Schecks bedienen und indem sie — o bolschewistische Logik! — die Zinsscheine der von ihr als ungültig erklärten Wertpapiere zum gesetzlichen Zahlungsmittel gemacht haben! Wenn es noch eines Beweises bedurfte, um die ganze Haltlosigkeit des Sowjetsystems aller Welt darzutun, so ist es durch die bolschewistische Finanzgebarung erbracht. Nie zuvor hat ein System trotz aller Vertuschungskünste kläglicher Schiffbruch gelitten als die finanziellen Methoden der Männer um Lenin.

# Groß-Berlin

### Die Hühnerleiter.

Tagtäglich mehren sich die Stimmen
ans deutsche Volk: Emporzuklimmen!!
Das deutsche Volk wird sich das merken
und für besagten Klimmzug stärken.

Doch sind wir darum nicht gescheiter —
zum Klimmen braucht man eine Leiter!
Selbst Wilhelm Buschs bekannte Knaben,
die mußten eine solche haben.

Ich suchte lang nach einem Rate
und kam denn auch zum Resultate:
Wir sitzen doch schon auf der Leiter,
von der man sagt — na und so weiter . . .

Panlchen.

### Nr. 4252.

Sein Heimatort ist Altona. Als er jung war, muß seine Farbe blendend weiß gewesen sein. Jetzt sieht er dreckig aus, wie alles, was den Krieg mitgemacht hat. Aber heute noch ist an seinem Aeußeren erkenntlich, daß er höheren Zwecken diente. Sein Innenraum muß manchen Schatz geborgen haben.

In den Tagen des „Stahlbades" führte sein Weg bis in die äußersten Spitzen des russischen Vormarsches. In Flandern, in der Champagne, selbst in Mazedonien brachte er den Truppen frisches Fleisch und richtiges Bier. Und wie oft mußte er in rasender Eile für die höheren Stellen des „unvergleichlichen Heeres" prächtige Fische, vorgekühlte Weine und andere Feinkost überbringen. . . . Mit dem Zusammenbruch des Krieges ist auch sein Daseinszweck erschüttert worden. Hin und her geschoben in den deutschen Freistaaten, ist er in den ersten Novembertagen des Vorjahres in — Grünau gelandet, wo er ruhm- und zwecklos auf einem toten Geleise rastet. Niemand kümmert sich um ihn. Dabei ist seine Arbeitskraft durchaus nicht verbraucht. Seine Gestelle und sein Oberbau sind in guter Verfassung. Nur die schwarzen Lucken gemahnen an die gähnende Leere seines Innern. Wollte man ihn in Bewegung setzen, mit Leichtigkeit würde er innerhalb zwei Tagen mindestens 100 Ztr. Kartoffeln von Pommern nach Berlin schleppen. Das macht seit Anfang November rund 30 × 100 = 3000 Zentner. . . .

In den frühen Morgenstunden, wo die permanente Zugverspätung zum Studium der Umgebung ladet, wird der Einsame viel bestaunt. „Nr. 4252" — „Altona" — „48 Mann 6 Pferde" usw. Immer wieder trampeln die Wartenden vorüber, lesen und — denken nichts. Gleichermaßen wie der komplizierte Apparat, so Eisenbahnverwaltung benamset ist.

### Die weitere Vernehmung der Brüder Strauß.

#### Eine brüderliche Tat.

Wie ein Kapitel aus einem Räuberroman lesen sich die Geständnisse der Brüder Strauß bei ihrer weiteren Vernehmung.

Nach der gestern berichteten Flucht über die Dächer begaben sich die beiden zunächst nach einer Schankwirtschaft in der Frankfurter Straße. Nacht für Nacht bot ein anderer Bekannter ihnen Obdach an und entzog sie so der Festnahme durch die Kriminalbeamten, die ihnen immer hart auf den Fersen waren. Diese „guten Bekannten" unterrichteten die Verbrecher auch stets darüber, daß die Kriminalpolizei ihre Spur gefunden hatte. Endlich hielten sie es für geraten, wieder wie in der Guineastraße außerhalb ihrem alten Bekanntenkreise einen Unterschlupf zu suchen. So kamen sie zu Frau Lehmann in der Köpenicker Straße, wo ihre Verhaftung erfolgte. Bei allen diesen Verfolgungen hatte Emil Strauß es um so schwerer, als er es mit einer Schußverletzung zu tun hatte. Vor einem Arzt hütete er sich. Sein Bruder mußte ihn dauernd verbinden, so gut er es verstand. Beim Verhör wurden die beiden Gebrüder Strauß auch über

**die Befreiung des jüngeren Bruders Erich**

durch den älteren Emil aus dem Zuchthause in Naugard befragt. Durch entlassene Zuchthäusler und auch durch einen Kassiber, den Erich an seinen Bruder schrieb, erfuhr dieser aber schließlich doch, daß er auf Station 4, 1. Stock, Zelle 2, untergebracht worden war. Nun schritt Emil sofort zur Tat. Mit zwei Freunden fuhr er nach Naugard. Mit Hilfe einer Spießgesellen kletterte er auf die Mauer, warf eine Strickleiter auf der anderen Seite hinunter und kletterte an dieser auf den Hof hinab. Er griff zu seinem vorzüglichen Handwerkzeug, und mit nicht allzu großer Mühe schloß er Tür auf Tür auf, bis er an die Zelle gelangt war, in der sein Bruder lag. Er schob zunächst den Riegel zurück, und als Erich auf sein Klopfen durch die Oeffnung sah, erkannte er seinen Bruder Emil. Nur mit dem Hemd bekleidet floh Erich mit Hilfe der Strickleiter über die Mauer, wo die Freunde ihn erwarteten und ihm behilflich waren, die mitgebrachten Zivilkleider anzulegen. Es war inzwischen vier Uhr morgens geworden.

Beide Brüder gaben auch zu, daß sie sich mit dem Plane trugen, sobald Emils Wunde vollständig zugeheilt gewesen wäre, ein neues „großes Ding zu drehen", um mit Beute nach dem Auslande zu entfliehen, weil ihnen hier der Boden zu heiß geworden war. Für diese Flucht hatten sie auch schon Vorbereitungen getroffen. Sie beabsichtigten die Grenze in Schleswig zu überschreiten.

### Die Kohlenversorgung der Berliner Industrie.

Bei den Siemens-Schuckert-Werken in Siemensstadt ist im Laufe des heutigen Tages eine beschränkte Menge von Kohlen eingetroffen. Für heute abend sind vom Reichskohlenkommissar weitere Kahnladungen in Aussicht gestellt worden. Wenn sich diese Zusage erfüllt, werden die Werke am Freitag früh ihren Betrieb wieder in vollem Umfange aufnehmen.

Auch die Ludwig-Löwe-Werke, die mit dem 30. Dezember feiern mußten, sind seit heute infolge eingetroffener Kohlensendungen wieder in Betrieb.

### Undank ist der Welt Lohn!

Diese Sentenz findet Anwendung aus Anlaß der Auflösung der Wachabteilung der Kommandantur, die am 10. Januar beginnen und am 20. Januar beendet sein soll. Sie wurde bekanntlich am 1. Juni des vorigen Jahres aus den besten Leuten der A. S. W. gebildet; für die Mannschaften fanden dieselben Bedingungen und Unterstützungssätze Anwendung, die bei anderen militärischen Körperschaften in Geltung waren.

Am 1. August wurde den Angehörigen der Wachabteilung die kommunale Unterstützung und am 15. Oktober die staatliche Unterstützung mit dem Hinweis auf die Angliederung an die Reichswehr entzogen. Dafür wurde den Mitgliedern ab 15. Oktober die Reichswehr-Familienzulage gewährt. Im November erfolgte die Vereidigung auf die Reichsverfassung. Als dann die Beschaffungsbeihilfe an alle Reichswehrangehörige zur Auszahlung gelangte, erhielten die Mannschaften der Wachabteilung nur 200 M., die denselben gleichfalls zustehende Treuprämie wurde ihnen jedoch vorenthalten. Nun soll diesen Leuten anscheinend auch die ab 1. Oktober 1919 zu zahlende höhere Familienunterstützung nicht ausgezahlt werden. Um den Mannschaften der Wachabteilung die unterschiedliche Behandlung besser schmackhaft zu machen, wird jetzt der Einwand erhoben, daß sie als „Volkswehr" der Reichswehr nur angegliedert seien und als solche auf alle Zuwendungen für die letztere keinen Anspruch hätten.

Diese Methode des Abwimmelns hat bei den Leuten der Wachabteilung, die doch wahrlich eine etwas bessere Behandlung verdient hätten, starke Empörung wachgerufen. Jetzt taucht plötzlich der Plan auf, aus der Wachabteilung eine Wachgesellschaft m. b. H. zu gründen, in der eine zwölfstündige Dienstzeit bei einem Monatsgehalt von 475 Mark Anwendung finden soll. Wie mit einem solchen Einkommen ein Familienvater in der Zeit beispielloser Teuerung auskommen soll, bleibt ein Rätsel. Hier handelt es sich um Menschen, die zu vier Fünfteln gewerkschaftlich und politisch organisiert sind und die die ihnen zuteil werdende Behandlung als eine Kränkung empfinden müssen. Wenn es wahr ist, daß die Reaktion wieder ihr Haupt erhebt — und es ist wahr —, dann besteht wirklich kein Anlaß, Menschen, auf die sich die Republik verlassen kann, in dieser Weise abzustoßen.

**Der Raubmord in der Gipsstraße.** Dobrik, der erklärte, daß seine Geliebte allein das Verbrechen an der Schneiderin Dummit ausgeführt habe, blieb im Laufe seiner Vernehmung durch die Kommissare Kunze und Wernburg, die sich bis in die Nacht hinein erstreckte, bei seiner ursprünglichen Darstellung. Die Kommissare stellten ihn deshalb gestern abend seiner Geliebten Heinrichsen gegenüber. Sie hielt ihm in allen Einzelheiten die Tat vor, die er ausgeführt habe, bat und beschwor ihn, der Wahrheit die Ehre zu geben und das zu vertreten, was er getan habe. Als Dobrik auch jetzt noch bei seiner Behauptung blieb, spie sie vor ihm verächtlich aus und wandte ihm den Rücken. Trotz alledem bleibt Dobrik dabei, daß er gar nicht in der Wohnung der Ermordeten gewesen sei. Dafür hat jedoch die Kriminalpolizei Beweise in den Händen. Bei Ausführung der Tat fand der Mörder auch ein Paar Schuhe der Ermordeten, die auf seinen kleinen Fuß paßten. Er zog sie gleich an und ließ dafür seine alten Schuhe zurück. Diese wurden von der Kriminalpolizei bei der Entdeckung des Verbrechens gleich gefunden und als wichtiges Beweismaterial beschlagnahmt.

**Neukölln. Einführung des Arbeitsunterrichts in den Volksschulen.** Nach eingehenden sachkundigen Nachprüfungen beschloß der Magistrat, eine Gartenarbeitsschule nach den Plänen des Genossen Hehn zu errichten. Der Magistrat stellte dieser neuen Schule 15 Morgen Gemüseboden zur Verfügung. Außer den Kosten für die ersten Einrichtungen wird er auch dauernd die Sämereien und die Pflanzen liefern. Die Erträge werden dagegen den Schülern zufließen. Unterrichtliche, erzieherische und soziale Ziele sollen aber im Vordergrunde stehen. Zunächst werden die Schüler von sechs Volksschulen ihren naturkundlichen Unterricht bei praktischer Arbeit im Garten erhalten, damit sie den Stoff mit allen Sinnen erfassen. In kleinen sozialen Gemeinschaften mit möglichster Freiheit sollen sie zu gesunden und praktischen Menschen, die sozial denken, fühlen und wollen, erzogen werden. Soweit als möglich wird auch der sonstige Real-, Turn-, Zeichen- und Handarbeitsunterricht im Schulgarten erteilt werden. Auch eine Erweiterung der Schule ist in Aussicht genommen.

**Lichtenberg. Erhöhung des Gas- und Wasserpreises.** Die Stadtverordneten hatten im Dezember die Anträge des Magistrats auf Erhöhung des Gas- und Wasserpreises an die Werksdeputation zurückverwiesen. Nachdem sich diese mit der Angelegenheit beschäftigt hat, beantragt jetzt der Lichtenberger Magistrat erneut, den Wasserpreis auf 32 Pf. für den Kubikmeter zu erhöhen, wenn die städtischen Wasserwerke nicht mit Verlust arbeiten sollen. Auch der Gaspreis soll entsprechend den früheren Vorschlägen des Magistrats auf Grund der Kohlenklausel erhöht werden.

### Groß-Berliner Lebensmittel.

**Steglitz.** 250 g Hercalienmehl (24). Für Jugendliche 200 g Haferflocken (47). Für werdende Mütter 1000 g Haferflocken, 500 g Reis, 2 Päckchen Milchpellen (26) für Kinder im 1. und 2. Jahr, 500 g Haferflocken, 250 g Zwieback (22 K) im 3. bis 6. Jahr, 500 g Haferflocken, 2 Päckchen Milchpuddingpulver (17 K, 18 K, 19 K). Für Kriegsbeschädigte über 30 % Erwerbsunfähigkeit 1000 g Teigwaren, 1000 g Gerstenflocken (7).

**Pankow.** Neueintragung auf Pferdefleisch. Alle, die im Besitz von Pferdefleischkarten sind und vom 12. Januar ab weiterhin Pferdefleisch beziehen wollen, müssen sich erneut in das Kundenverzeichnis des Pferdefleischverkäufers Alois Kruich, Bingstraße 17 eintragen lassen.

**Wittenau.** Von Freitag, den 9. Januar ab: 250 g Maisprodukte, 200 g Gerstenflocken, 150 g Rudeln.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

**Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie (Abt. NO).** Donnerstag abend 7½ Uhr Mitgliederversammlung bei Tiegs, Böhmestraße 23, Ecke Waldenberger Straße. — **Dürer-Gesellschaft.** Sonntag, morgens 9 Uhr führt Dr. Hans Brendicke durch Alt-Berlin—Köln. Teilnehmerkarten zu 1 M. im Eichendorffsaal, Berlin W 8, Charlottenstr. 52. — **Arbeiter-Stenographenbund „Unterrichtsmat".** Anfängerkursus „Stolze-Schrey" beginnt Freitag, den 6. 2., bei Hanbile (Putzenhofer) abends 7 Uhr Fruchtstr. 71.

# Gewerkschaftsbewegung

## Der Streik im Versicherungsgewerbe.

Der seit mehreren Tagen erwartete Kampf im Versicherungsgewerbe hat am heutigen Donnerstag früh auf der ganzen Linie eingesetzt. Dadurch, daß es zu einer Verständigung der drei in Betracht kommenden Verbände gekommen ist, steht den Unternehmern eine geschlossene Phalanx der Angestellten gegenüber. Diese Tatsache dürfte dazu führen, daß es zu baldigen Verhandlungen und zu einer den Forderungen der Angestellten gerecht werdenden Beendigung des Kampfes kommt.

An Mitteln, die Lebensbedürfnisse der Angestellten zu befriedigen, kann es den Versicherungsunternehmungen nicht fehlen, denn durch die Vergünstigung, die sie seit Jahren mit einem Reichsbankdiskont von 3½ Proz. haben, schwimmen dieselben geradezu im Geld.

### Sicherheitswehr zum Schutze der „Viktoria".

Vor dem Geschäftsgebäude der Versicherungsgesellschaft „Viktoria" standen heut vormittag seit 7 Uhr Streikposten. In aller Ruhe konnten sie die wenigen Arbeitswilligen, die ihre Tätigkeit aufnehmen wollten, zur Solidarität mit den Streikenden bewegen.

Um 10 Uhr rückte zur größten Verwunderung der Streikenden eine starke Abteilung der Sicherheitswehr an, die auch Maschinengewehre und Flammenwerfer mit sich führte. Diese Waffen erregten natürlich die größte Entrüstung bei den Streikenden. Durch eine Unterredung mit dem Führer der Sicherheitstruppen stellte sich heraus, daß der ganze Aufzug nicht so bedrohlich war, wie es den Anschein hatte. Wenn eine Abteilung der Wehr zum Ausrücken kommandiert wird, dann nimt sie ihre ganze Ausrüstung, wozu auch Maschinengewehr und Flammenwerfer gehört, mit. Da sich der Führer sofort überzeugen ließ, daß solche Waffen hier nicht nur überflüssig, sondern sogar geeignet sind, die größte Beunruhigung hervorzurufen, ließ er sie sogleich wieder entfernen. Vor dem Eingang in der Alten Jakobstraße stand aber noch eine Stunde später ein schweres Maschinengewehr und im Flur war ein Flammenwerfer aufgestellt. Schließlich wurden diese Waffen auch hier nach einer Rücksprache mit dem Führer entfernt. Uebrig blieb nur noch die Ueberwachung des Gebäudes durch eine starke Abteilung von Sicherheitsmannschaften.

In einer telephonischen Unterredung des Betriebsrats mit dem Polizeipräsidenten Ernst versicherte dieser, dafür zu sorgen, daß seitens der Polizei natürlich alles vermieden werde, was als eine Provokation der Streikenden aufgefaßt werden könnte. Die Sicherheitswehr habe lediglich die Aufgabe, etwaige Gewaltmaßnahmen Streikender zu verhindern und das Gebäude zu schützen. Andererseits versicherten die Vertreter der Streikenden, daß sie gar nicht an irgendwelche Gewaltmaßnahmen denken, daß also ein Aufgebot der Sicherheitswehr gar nicht notwendig sei, daß sie, die Streikenden, aber daran keinen Anstoß nehmen würden, solange die Sicherheitsmannschaften sich lediglich auf die Bewachung des Gebäudes beschränken.

Es ist auch gar nicht einzusehen, daß von den Streikenden irgendwelche Gewalttätigkeiten zu befürchten waren. Gegen wen denn? Der Betrieb der „Viktoria" ruht vollständig. Arbeitswillige sind nicht darin. Und das äußerst solide Gebäude demolieren zu wollen, dürfte wohl keinem auch nur halbwegs vernünftigen Menschen einfallen.

### Die Gewerkschaftskommission und das Betriebsrätegesetz.

Am Mittwoch nahm eine von der Gewerkschaftskommission einberufene Versammlung der Delegierten und Gewerkschaftsvorstände Stellung zum Betriebsrätegesetz. Zwei Mitglieder des Siebenter Ausschusses der Nationalversammlung, der den Gesetzentwurf beraten hat, der Unabhängige Laukant und unser Parteigenosse Hermann Müller, beleuchteten als Referenten den Gesetzentwurf. Beide stimmten darin überein, daß der Entwurf in seiner jetzigen Gestalt den Forderungen der Arbeiterschaft nicht entspricht. Laukant verurteilte den Entwurf in allen Punkten und versicherte, seine Fraktion werde gegen das Gesetz stimmen. Sie würde auch gegen den Regierungsentwurf, der in mancher Hinsicht besser war als der Kommissionsentwurf, gestimmt haben, da auch dieser den Forderungen der Arbeiter nicht Rechnung getragen habe.

Genosse Müller meinte dagegen, gewiß, der vorliegende Entwurf sei schlecht, aber er, der Redner, sehe das Gesetz mit anderen Augen an wie Laukant, der vielen Bestimmungen des Entwurfs eine mißverständliche Deutung gegeben habe. Die Kommission habe den Regierungsentwurf doch auch in mancher Hinsicht ver-

bessert, so dadurch, daß es den Betriebsräten die Entscheidung über Lohnbewegungen genommen habe. Das könne doch jedem Gewerkschafter recht sein, denn die Lohnbewegungen seien doch Sache der Gewerkschaften, und die Betriebsräte müßten Organe der Gewerkschaften sein. Er, Redner, wisse nicht, wie sich seine Fraktion zu dem Entwurf stellen werde. Wenn sie ihm zustimmen sollte, werde sie gute Gründe dafür haben, denn es gebe doch außerhalb Berlins große Arbeitermassen, deren Rechte durch das Gesetz wesentlich erweitert werden.

Die Diskussionsredner waren einig in der Verurteilung des Gesetzentwurfs. Es wurde betont, daß die aus der Revolution hervorgegangenen Betriebsräte, die in sehr vielen Betrieben bestehen, weitergehende Rechte haben, wie die im Gesetzentwurf vorgesehenen. Auch die durch Lohnkämpfe und tarifliche Vereinbarungen geschaffenen Betriebsräte hätten weitergehende Befugnisse wie die im Gesetzentwurf enthaltenen. Die Annahme des Gesetzentwurfs würde den schärfsten Widerstand der betreffenden Arbeiter herausfordern.

Folgende von Neumann beantragte Resolution wurde mit allen gegen 6 Stimmen angenommen:

> Die Versammlung erklärt, daß weder der Regierungsentwurf noch die Ausschußvorlage des Betriebsrätegesetzes als ein im Sinne des Proletariats liegendes Rätegesetz betrachtet werden kann. Sie betrachtet es als eine Verhöhnung und Provokation der Arbeiterschaft, wenn dieses Gesetz als Rätegesetz bezeichnet wird. Sie verpflichtet sich, für die Durchsetzung eines Rätesystems einzutreten, das dem Willen der Arbeiterschaft Rechnung trägt, die Arbeiterschaft zum Träger der Produktion zu machen.

Der Ausschuß legte der Versammlung folgende Erklärung über das Betriebsrätegesetz vor, die mit allen gegen 2 Stimmen angenommen wurde:

> Der Gesetzentwurf ist dem Rätegedanken, wie er in der Arbeiter- und Angestelltenschaft wurzelt, wesensfremd. Er erfüllt aber ebensowenig die Versprechungen der Regierung an die werktätige Bevölkerung, daß die Arbeitnehmervertretungen der Betriebsleitung gleichberechtigt an die Seite zu stellen sind. Ja, er stellt selbst noch gegenüber dem Entwurf, den die Regierung im Widerspruch zu ihren Zusicherungen vorlegte, eine erhebliche Verschlechterung dar.
>
> Der Gesetzentwurf schließt nicht nur von vornherein weite Kreise der arbeitenden Bevölkerung, wie die Beamten, land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter von der gesetzlichen Interessenvertretung aus; er zeitigt für andere breite Arbeitnehmerschichten, wie für alle in Kleinbetrieben beschäftigten Arbeitnehmer, durch den vorgesehenen Wahlmodus das gleiche Ergebnis und schmälert wieder anderen Arbeiterkategorien durch Ausnahmebestimmungen den Genuß der winzigen Rechte, die der Entwurf den Arbeitnehmern läßt.
>
> Der Gesetzentwurf stellt in seinen Bestimmungen über das Verbot der Erhebung und Leistung von Beiträgen für irgendwelche Zwecke der Arbeiter-, Angestellten- und Betriebsräte einen unerhörten Eingriff in das Koalitionsrecht des Arbeitnehmers dar.
>
> Die Bestimmung, bei Streitigkeiten in jedem Falle erst den Schlichtungsausschuß anrufen zu müssen, stellt sich bei dem ganzen Charakter des Gesetzes ebenfalls als eine Schmälerung des Rechtes des Arbeitnehmers, frei über seine Arbeitskraft verfügen zu können, dar und fordert zum schärfsten Protest heraus.
>
> Als gegen die Interessen der Arbeitnehmerschaft verstoßend wirkt besonders die Bestimmung über die Amtsdauer der Interessenvertretung der Arbeitnehmer. Deren jederzeitige Abberufung muß möglich sein!
>
> Zur Täuschung der Arbeitnehmer geeignet sind die Bestimmungen des Entwurfs, die die Aufgaben der Arbeitnehmervertretungen umschreiben: An Stelle der Kontrolle und der entscheidenden Mitwirkung im Produktionsprozeß weist der Entwurf den „Betriebsräten" die Aufgabe zu, für einen möglichst hohen Stand der Leistungen und für die Wirtschaftlichkeit des Betriebes zu sorgen, ohne daß sie die Möglichkeit haben, Leitung und Geschäftsgebarung des Betriebes im Einvernehmen mit den Gewerkschaften und im Interesse der Gesamtwirtschaft des Volkes maßgebend beeinflussen zu können.
>
> Uneingeschränkt können nach dem Entwurf auch in Zukunft die Besitzer der Produktionsmittel die große Masse der werktätigen Bevölkerung für ihr Klasseninteresse ausnützen.
>
> Der gesamte Gesetzentwurf stellt den Versuch dar, auf gesetzlichem Wege die durch die Revolution ins Wanken geratene Betriebsdespotie der Unternehmer wieder zu befestigen und die ruhige Weiterentwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsweise auf Kosten und zum Schaden des Volksganzen sicherzustellen.
>
> Unter dem Mantel von Scheinkonzessionen bringt der Entwurf den Arbeitnehmern an Stelle der von der Regierung versprochenen Betriebsdemokratie unerträgliche Verschlechterungen gegenüber bestehenden Rechten.
>
> Die Vorstände der Gewerkschaften Groß-Berlins sind verpflichtet, der durch den Entwurf möglichen Täuschung der Arbeitnehmer durch Aufklärung entgegenzuarbeiten und zur Abwehr jeder Verschlechterung bestehender Rechte aufzufordern.
>
> Sie lehnen aus den erörterten Gründen das Gesetz in seiner jetzigen Fassung ab und fordern die Abgeordneten der Nationalversammlung auf, das gleiche zu tun.
>
> Als Vertreter von zwei Millionen organisierten Arbeitern Groß-Berlins stellen die Gewerkschaftsvorstände folgende Forderungen bezüglich der Arbeitnehmervertretungen auf:
>
> Volles Kontroll- und Mitbestimmungsrecht im Produktionsprozeß, insbesondere bei der Einstellung, Entlohnung, Versetzung und Beförderung und bei der Entlassung von Arbeitskräften, bei allen die Leistungsfähigkeit des Betriebes berührenden Fragen, z. B. bei technischen Verbesserungen, Aenderung der Arbeitsmethoden, gesundheitlichen Maßnahmen für die Beschäftigten.
>
> Die Einsichtnahme in die Lohnbücher sowie in die Bilanzen und in die dazu gehörigen Unterlagen.
>
> Sozial ausgleichende Strafbestimmungen für Betriebsleitung und Arbeitnehmervertreter.
>
> Gemeinsame Interessenvertretung der Arbeiter, Angestellten und Hausgewerbetreibenden (Heimarbeiter).
>
> Die Möglichkeit jederzeitiger Abberufung der gewählten Vertreter durch die Wähler.
>
> Uneingeschränktes Streik- und Koalitionsrecht der Arbeitnehmer. Koalitionsfreiheit auch der Arbeitnehmervertretungen.

Als dieser Punkt der Tagesordnung erledigt war, lenkten zwei Arbeitsvermittler die Aufmerksamkeit der Gewerkschaften auf das Arbeitsbeschaffungsamt. Sie verwiesen auf gewisse Erscheinungen, die dafür sprechen, daß die Tätigkeit des Arbeitsbeschafungsamtes eine Richtung einschlägt, die sich mit den sozialen Aufgaben des Amtes nicht verträgt. Um diesen Aufgaben gerecht zu werden, müßten Vertreter der Gewerkschaften zur Mitarbeit im Arbeitsbeschaffungsamt herangezogen werden.

Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission wird zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen.

## Drohender Proteststreik wegen des Betriebsratsgesetzes im Ruhrrevier.

Die technischen Angestellten des Ruhrbergbaues haben für den Tag vor der dritten Lesung des Betriebsratsgesetzes einen Proteststreik beschlossen. Da das Gesetz nicht die Mitbestimmung des Angestelltenrates bei fristlosen Entlassungen bringt, sind sie wieder der Willkür der Unternehmer ausgeliefert. Der Unternehmer wäre wieder in der Lage, sie infolge der schwierigen unterirdischen Verhältnisse wegen eines jeden Verstoßes gegen die bergpolizeilichen Vorschriften sofort zu entlassen. Es handelt sich für sie um die Frage, ob die vorrevolutionären unwürdigen Verhältnisse, unter denen sie auf Gnade und Ungnade den Grubenbesitzern ausgeliefert waren, wiederkehren sollen, oder ob es ihnen gelingt, die Nationalversammlung davon zu überzeugen, daß für sie das Betriebsrätegesetz mit der alleinigen Entscheidungsbefugnis des Unternehmers über die fristlose Entlassung unannehmbar ist.

**Zum Kapitel „Wirtschaftsbeihilfe im Reichsverwertungsamt"** erhalten wir vom Zentralverband der Angestellten noch eine Zuschrift, der wir Folgendes entnehmen: Es sei bemerkt, daß das zurzeit herrschende System innerhalb des Reichsverwertungsamtes derart ist, daß dem Wunsche der Angestellten in keiner Weise Rechnung getragen wird. Der größte Schädling im Reichsverwertungsamt ist der Ministerialdirektor Kautz mit seinem Beamtenstab, der nicht dazu übergeht, die berechtigten Wünsche der Angestellten zu erfüllen. Täglich wird der Zentralverband von Angestellten des Reichsverwertungsamts aufgesucht, die Schutz verlangen, und immer stößt man auf Widerstand des Herrn Ministerialdirektors Kautz.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir noch darauf hinweisen, daß den gesamten Angestellten des Reichsverwertungsamts zum 31. März gekündigt werden wird. Einem Teil davon ist bereits gekündigt worden, weil das Reichsverwertungsamt in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden soll. Die Angestelltenausschüsse verlangten mit Recht, daß sie zu den Verhandlungen über die Personalfrage hinzugezogen werden sollten, was Herr Ministerialdirektor Kautz aber abgelehnt hat. Gerade beim Reichsverwertungsamt dürfte es am Platze sein, mit eisernem Besen auszukehren.

**Zentralverband der Angestellten.** Versammlungen am Freitag, den 9. Januar: Fachgruppe 3, Sektion b (Heeresbetriebe), abends 6½ Uhr in den Sophiensälen, Sophienstr. 17/18. — Fachgruppe 8, Sektion a, abends 7½ Uhr in den Musikersälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. — Fachgruppe 11, abends 7 Uhr in den Sophiensälen, Sophienstraße 17/18. Tagesordnung: Wir und unsere Gegner. — Fachgruppe 14, Sektion c (Maschinen- und Werkzeugbau, Gießereien), abends 7 Uhr im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11/12. — Fachgruppe 14, Sektion d (Gas, Wasser und Zentralheizung), abends 7½ Uhr in Haverlands Festsälen, Neue Friedrichstr. 35. — Fachgruppe 15, Sektion (A. E. G., nur Brunnenstraße), abends 7 Uhr in Lambergs Festsälen, Schönhauser Allee 129. Vortrag: Herr Stößinger. — Jugendgruppe, abends 7 Uhr in den Musikersälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31.

**Werkmeisterverband für das Buchbindergewerbe** (jetzt: Deutscher Werkmeisterverband, Bezirk 15). Freitag, den 9. Januar, abends 7 Uhr, im Schultheiß, Neue Jakobstr. 24, Generalversammlung. Bildung des Bezirks, Neuwahlen, Geschäfts- und Kassenbericht.

# Aus aller Welt.

### Ein Deserteurverband in der Schweiz.

In der Schweiz gibt es gegenwärtig noch etwa 25 000 Deserteure und Refraktäre, die in der Hauptsache Staatsangehörige der alliierten Mächte, da die meisten deutschen und österreichisch-ungarischen Deserteure nach der Revolution in die Heimat zurückgekehrt sind. Unter den zurückgebliebenen Deserteuren aus den Ententestaaten sind Bestrebungen im Gange, die dahin zielen, die gemeinsamen Interessen durch Bildung eines Verbandes zu vertreten. So ist bereits der Bund der italienischen Deserteure und Refraktäre gebildet worden, der den Rechtsanwalt Tugino zu seinem Generalsekretär ernannt hat. Aus politischen Gründen droht jedoch dieser mit seinem Rücktritt und soll durch den Redakteur Masiano ersetzt werden, welcher während des Krieges in contumaciam zum Tode verurteilt worden war und jetzt als Sozialist in die italienische Deputiertenkammer gewählt wurde.

Verantw. für den redaktion. Teil: Artur Zickler, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin, Lindenstr. 3.


Ein Freudentag ist der Waschtag

mit dem patentierten, vollkommen selbsttätig arbeitenden „Liebigs" Dampf-Wasch-Automaten, der dauernd Arbeitszeit, Arbeitslohn, Seife und Feuerung erspart und in jedem Raum für Gas- und Küchenherd benutzbar ist, ohne jede Bedienung. Größte Schonung der Wäsche. Die Anschaffung wird evtl. auch durch bequeme Zahlungsweise erleichtert. Preis je nach Größe. Näh. d. Preisl. V. m. Abbild. gratis. Zinkwaschgefäße zu Fabrikpreisen. „Liebigs" Dampf-Wasch-Automaten-Zentrale, Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollerndamm 27a.

Platin-Linke! Platin!
Platin-Zähne nicht unter 10 M.,
Gold, Silber, Edelmetalle kauft Platin-Großhandlung Emma Linke, Berlin, Blücherstr. 40, vorn II, früher Invalidenstr. unter dem Namen Robert Linke, genannt Platin-Linke. Gegründet 1895.

Möbel
u. Polsterwaren, Spezialität: Bürgerliche Wohnungseinrichtungen. Solide Arbeit. Großes Lager. Freie Auslieferung.
M. Goldstaub
Berlin SW.
Belle-Alliancestr. 4
(Hallesches Tor)
Gekaufte Möbel können bis auf Abruf bei mir lagern.

Möbel
Gelegenheitskäufe
Speisezimmer, echt Eiche, kompl. von 3700 M
Schlafzimmer, echt Eiche, kompl. von 2700,-
Herrenzimmer, echt Eiche, kompl. von 3200,-
Küchen in allen Farben von 500,-
Einzelmöbel, Kleinmöbel, Polstermöbel große Auswahl
Rosenthalerstr. 8a u. 12 (Lad.)
Baron

Wie kräftige ich meinen Körper?
von Dr. Rich. Weiß.
Sonderabdruck aus: „Blätter für Volksaufklärung", auf Anfrage frei von Dr. Rich. Weiß, Berlin C 2, Probststr. 13/14

Adler-Schreibmaschine kauft Kletz, Frobenstr. 21.

Elektromotore
Gleichstrom :: Drehstrom
kauft
Ingenieurbureau Schlichting
Berlin W 9, Linkstr. 10.
Tel. Lützow 3705 und 8518.

Wie ein Wunder
beseitigt San.-Rat Dr. Strahl's Haussalbe jed. Hautausschl., Flecht., Hautjuck., bes. Beinschad., Krampfadern der Frauen u. dergl., in Originaldosen 6.25, 9.75 erhältlich in der „Elefanten-Apotheke" Berlin 213, Leipziger Straße 74 (a. Dönhoffpl.)

Das praktische Polstern
Anleitung zur Herstellung von Polsterarbeiten, Kostenberechnung, Materialkunde, Lederkenntnis u. Behandlung, Anfertigung von Ledermöbeln.
Mit 20 Tafeln u. 210 Textabbildungen Preis 12,— Mark, Porto 1,50 Mark, Nachnahme 80 Pf. mehr. Empfehlenswertes Hilfsbuch für die Praxis. Zu beziehen gegen Voreinsendung oder Nachnahme des Betrages durch die
Sortiments-Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW 68, Lindenstr. 2.

## Verkäufe

**Gardinen**, Fenster von 23.— t, Bettwäsche, Stores verkauft billig Sperder, Fehrbellinerstraße 13 (Ecke Weinbergsweg). 123/3*

**Skunkskragen.** Skunksmuffen verkaufe infolge günstigen Einkaufs von 250 bis 75 Mark. Gerade Füchse, große Mode, in allen erdenklichen Fellarten von 79 bis 875 Mark. Ein sehr großer Posten imit. Blaufuchs und Alaskafuchs, dazu die passenden Muffen von 35 M. Damen-, Sport-, Durchschn- und Knabenkinderkragen von 18 bis 185 Mark. Kindergarnituren, weiß, farbig, von 9 Mark. Pelzdecken und alle Sportbillig. Seal, Electric und Bisamrett-Garnituren, für junge Mädchen Kind, in jeder Preislage. Damenkragen in allen Fellarten von 35—180 Mark. Umarbeitungen werden prompt und billig ausgeführt. — Ratenzahlung wird in Zahlung genommen. Pinkus Spezialgeschäft, Berlin-Charlottenburg, nur Leibnizstr. 69 (kein Laden). Gegründet 1890. *

**Pelzwaren** bei bequemer Zahlweise abzugeben. Bei Ratenzahlung 10 Prozent Nachlaß. Kriegsanleihe wird in Zahlung genommen. Pelzwaren-Fabrik Rolle, Tilsiterstraße 11, nahe Stettiner Bahnhof. Tiergarten, Amt Moabit 7022/23. 144/8*

**Damenkostüme**, Ulster, nur neue Stoffe, Maßarbeit, verkauft preiswert Leihhaus Linienstraße 165.

**Nähmaschinen** zu verkaufen, auch Teilzahlung gestattet. Hahn, Prenzlauerstraße 20. 36/4*

**Militärmantel**, Schaftstiefel, Hosen, Truhe, Röcke, Fischer, Dresdenerstraße 5. 87/4

**Pelzwaren**, enorm billig, jedes Stück ein Gelegenheitskauf. Kreuzfüchse, bildschöne, feine Verarbeitung, 98 M. Kohlfüchse, bildschöne, feine Verarbeitung, 98 Mk. Alaskafüchse, feidenglänzend, 68 M. Blaufüchse, imitiert, 38 M. Posten Pelzkragen und Muffen 28 M. Silberfüchse, Steifüchse, Kohlfüchse, Skunks, Iltis und viele andere Pelzarten, ausgesucht schöne Stücke. Riesenauswahl, außerdem billig. Selten günstige Gelegenheitskäufe in Damenpelzmänteln. Seal-Electrit, Persianer usw. Neueste Mode, erstklassige Verarbeitung. Herren-Pelzkragen 28 M. Pelzdecke, Pelzhüte. Spezial-Pelzwarenhaus, Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 113/114, kein Laden, nur hochparterre. *

**Pelzgarnituren!** Wunderbare Kreuzfüchse von 100 Mark an! Alaskafüchse 75 Mark! Echte Rotfüchse 90 Mark! Elegante Silberfüchse, Steiffüchse, Kohlfüchse sowie alle anderen Pelzarten in großer Auswahl zu allerbilligsten Sommerpreisen! Alpacataschen! Schmucksachen! Leihhaus! Warschauerstraße 7.

## Geschäftsverkäufe

**Restaurant** mit Wohnung, komplett mit Billard, umständehalber sofort verkäuflich. Guineastr. 6, Ecke Seestraße. Humboldt 709. 123/7

## Möbel

**Chaiselongues** 90,—, Doppelbetten, Metallbetten, Küchen, Ankleideschränke. Meicke, Auguststraße 82 A. Quergeb.

**Möbel-Rath** liefert preiswert Wohn-, Schlaf-, Speisezimmer, auch einzelne Möbelstücke, große Auswahl in farbigen Küchen. Teilzahlung gestattet. Elsasserstraße 44, am Oranienburger Tor. 170/8*

**Möbel-Boebel**, Moritzplatz 58, Fabrikgebäude. Billigste Preise. Komplett eingerichtete Musterzimmer. Nußbaum-Wohnzimmer 650—1500. Schlafzimmer 840—9000. Speisezimmer 1750—9500. Herrenzimmer 1200—6000. Küchen 425—2100. Sofas, Ruhebetten. Große Auswahl. Besichtigung erbeten. 76/8*

**Küchen, 300 Mark.** 1- und 2-Stubeneinrichtungen. Bar oder Kredit. Liefere auch auswärts. Größte Rücksichtnahme. Kriegsanleihe nehme in Zahlung. Möbel-Grok, Große Frankfurterstraße 141, Invalidenstraße 5. *

**Schlafzimmer, Küchen**, alle Arten Möbel billig. Tischlermeister Harnack, Annenstraße 51. 79/8

**Möbeltischlerei**, 40 Jahre bestehend, Belle-Alliance-Str. 14a, liefert als Spezialeinrichtung Schlafzimmer 1500,—, Herrenzimmer 1850,—, hochelegantes Speisezimmer 3500,—, moderne Anrichtetischen 590,—, Nußbaumwohnzimmer 1300,—, Ankleideschränke 675, Bücherschränke 285,—, Polstergarnitur Spiegelambau 1450,—, Bettstellen komplett 150,—, Kleiderschränke, Vertikos 150,—. Umbauten, Tische, Standuhren, Ruhebetten sehr billig. Zurückgesetzte, verliehen gewesene Einrichtungen unter Preis. Sicheren Leuten Zahlungserleichterung.

**Chaiselongues**, englische Bettstellen, Patentmatratzen, Auflegematratzen, Tapezierer Wolter, Stargardterstr. 19. *

**Kiefernne Kleiderschränke**, gebrauchte Kücheneinrichtung, Kindertisch verkauft Ebeling, Stromstr. 40a. 141/8

**Tatsächlich** verkaufe Stuben- und Kücheneinrichtung, alles neu, mit Bett und Sofa, für 1600 Mark. Möbelschuck, Brunnenstraße 160, Eingang Ankemerstraße. 123/9*

## Musikinstrumente

**Pianos**, Stutzflügel, Harmonien jeder Hals- und Stillart, Kunstspielapparate, Notenrollen. Gebrauchte Instrumente in eigener Reparaturwerkstatt wie neu hergestellt, unter voller Garantie. Verkauf nur gegen Kasse, daher billigste Preisberechnung. Annahme von Reparaturen, Reparaturen und Stimmungen. Max Adam, Münzstraße 16. *

**Pianos**, besonders billige Gelegenheiten, gute, gebrauchte, prächtige, neue. Pianohaus Max Becker, Andreasstraße 47. 63/8*

**Pianos**, Harmoniums, großes Lager von neuen und gebrauchten Instrumenten. Gelegenheitskäufe in jeder Preislage. Scherer, Chausseestraße 105. 118/8*

**Flügel, Harmonium**, preiswert zu verkaufen. Kellner, Landsbergerstraße 91. 141/9

**Pianos**, großes Lager neuer und gebrauchter. Scherer, Chausseestraße 105.

## Kaufgesuche

**Spiralbohrer**, nur neue, Kupfer-, Messingabfälle kauft Wagenbau, Beuthstraße 66.

**Edelmetalle**, Quecksilber, sämtliche Metallabfälle kauft Metall-Einkaufszentrale, Kottbuserdamm 66, Moritzplatz 135 80. *

**Silberkunzen**, Platin, Gold kauft höchstzahlend Theel, Dresdenerstraße 125. *

**Kupfer**, 10 Mark per Kilo, Messing, 6 Mark, kauft Theel, Dresdenerstraße 125. *

**Bentile** für Fahrräder und Autos kauft Theel, Dresdenerstraße 125. *

**Spiralbohrer**, Werkzeuge kauft laufend jeden Posten. Schröder, Prinzenstraße 56. *

**Leitungsdrähte**, Kabel, Litzen, Anker-, Spuldraht, Wachsdraht kauft höchstzahlend Elektrobureau Oranienstraße 120, Moritzplatz 4016.

**Platin-, Gold- und Silberabfälle**, Quecksilber, Ketten, Ringe, Bestecke, Uhren, Tafelaufsätze, Tressen, photographische Rückstände, Papiere, Glühstrumpfasche, alte Zahngebisse, salpetersaures Silber, deren Rückstände und Gekrätze usw. kauft Platin- und Silberschmelzerei Brok, Berlin, Oranienstraße 29. Telephon: Moritzplatz 8476. Eigene Schmelze, direkte Verwertung.

**Kupferabfälle!** Quecksilber! Messingabfälle! Zinn! Blei! Stanniolpapier! Platin! Silber! Zahngebisse! sämtliche Metallabfälle! kauft höchstzahlend, Schmelzpreise! Metallschmelze Baruch, nur Beusselstraße 29. 116/8

**Platin, Brillanten**, Gold und Silber, alte Zahngebisse, Abfälle, Ketten, Ringe, Bestecke, Uhren, unmodern gewordener Schmuck, Tafelaufsätze sowie Gekrätze kauft zu höchsten Tagespreisen Goldschmelze Kokoski, Berlin, Brunnenstraße 168. Telephon: Humboldt 3480. Eigene Schmelze, Selbstverbraucher. *

**Altmetalle, Quecksilber** zu höchsten Tagespreisen kauft jeden Posten. Metallschmelze Invalidenstraße 142. Norden 6649. 70/8

**Borste**, Roßhaare, Gattlergarn, Nähgarn, Säcke, Bindfaden, Bänder, jeden Posten, zahle unüberbietbare Preise. Rosner, Elsasserstr. 70. 123/6*

**Alte Taler** 15,— Mark zahlt Glückmann, Lothringerstraße 23 II. Etage. Norden 4731. 87/6*

**Ankauf, Beleihung** jeder Wertsache. Pfandscheine zu höchsten Preisen. Pfandleihhaus, Schönhauser Allee 115 (Ringbahn-Hochbahnhof).

**Platin**, Silber, Quecksilber, Kupfer, Messing, sämtliche Altmetalle, Zahngebisse kauft zu Schmelzpreisen in unseren vier Einkaufsstellen „Cohn", 1. Brunnenstraße 11 (am Rosenthaler Platz), 2. Frankfurterstraße 48 (am Weddingplatz), 3. Bahnhofstraße 2, Ecke Schönebergerstraße (am Anhalter Bahnhof), 4. Neukölln, Kaiser-Friedrichstraße 229 (nahe Hermannplatz). 134/8

**Metalle!** Bedeutende Preissteigerung! Platin! Zahngebisse, Kohn bis 75,—! Goldabfälle! Silberabfälle! Münzen! Salpetersaures Silber! Quecksilber! Glühstrumpfasche! Stanniolpapier! Kupfer! Zinkasche! Messing! Aluminium! Nickel! Zinn! Zink! Blei! Höchstzahlend Schmelzerei, Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstraße 11, Alexander 4049. *

**Kupferabfälle!** Quecksilber! Messing! Zinn! Nickel! Zink! Blei! Aluminium! Stanniol! Zahngebisse! Platin! Bruchgold! Silberbruch! höchstzahlend! Metallschmelze Boldes, Weidenweg 72. Hof, am Baltenplatz. 131/8*

**Platin**, Gramm 141 Mark, Brennhütte, Platinkontakte, Gold, Silber, Silbergeschirr, Quecksilber, Zahngebisse kaufen höchstzahlend Friedländer u. Co., Kommandantenstraße 29 I. 139/8*

**Metallschmelze** Mariannenstraße 7a (Heinrichplatz), kauft zu höchsten Tagespreisen sämtliche Metallabfälle sowie Platin, Gold, Silber, Quecksilber, auch Werkzeuge. 149/8

**Kaufe** jeden Posten Kupferleitungen, Kabel zu den höchsten Preisen. Elektrobüro, Langestr. 27 I. Ecke Andreasstraße, Alexander 2939. 118/8*

**Fahrradankauf.** Kraus, Gr. Frankfurterstraße 52. 36/18*

**Taler**, alte, 14 Mark, kauft Meyer, Lothringerstraße 100, I links, Norden 10904. 141/9

**Autozubehör**, speziell Vergaser, Magnete, Zündkerzen, Scheinwerfer, Entwickler, Hupen, kauft Selbstverbraucher Schrader, Reinickendorferstraße 118. 115/8*

**Zahngebisse!!** Platinabfälle, Goldsachen, Silbersachen, sämtliche Metalle, Quecksilber, Glühstrumpfasche, salpetersaures Silber, Zellulosabfälle kauft höchstzahlend Silberschmelze Christionat, nur Alexanderstraße 20a (gegenüber Monteuffelstraße).

**Zahngebisse**, Platin, Gold, Silber, Edelsteine, Schmucksachen kauft Edelmetallschmelze Blumenstraße 58. *

## Unterricht

**Englischen** Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, sowie deutsche und französische Stunden erteilt Simonta, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus 17.

**Maschinenbau.** Elektrotechnik. Tagesschule. Abendschule. Halbjahresbeginn Januar. Technische Privatschule Steltmacher, Friedrichstraße 118. 84/8*

**Tanzschule** Friebrich, Dresdenerstraße 52/53 (Moritzplatz). Sonntagskurse. Wochentagskurse beginnen. Erfolgsicherste Ausbildung. 41/11*

**Tanzschule** Großstück, Belle-Alliancestraße 22. Anfängerkurse, moderne Kurse. Prospekt kostenfrei. Anmeldungen täglich. 63/8*

## Verschiedenes

**Nebenverdienst.** Angestellte, Arbeiter in großen Betrieben finden lohnenden Nebenverdienst durch Verkauf begehrten Artikels. Oberländer, Andreasplatz 4. 138

**Kostenlose** Rechtsberatung! Spezialität: Ehesachen, Strafsachen! Gerichtsvertretung! Neukölln, Berlinerstraße 102 (Hermannplatz). *

**Kunststopferei** Große Frankfurter Straße 67. 68/8*

**Kriegsbeschädigter** selbständiger Handwerker sucht sofort 800 Mark gegen Sicherheit. Malecha, Czarnikauerstraße 12.

## Arbeitsmarkt

### Stellenangebote

**Tischler** für großes Möbelgeschäft gesucht. Veteranenstraße 12. 123/8

**Blusennähterinnen** verlangt Walter Stiege, Zimmerstraße 32. Probearbeit vorlegen. 72/12

**Ausbilfen** für Kontor per sofort. Zonak u. Co., Belle-Alliancestraße 7—10. 97/5

**Tüchtige Polsterer**in auf Ovalrahmen verlangt Paul Stroh, Große Frankfurterstraße 53. 138

**Tüchtige Leimerin** auf Photographierahmen verlangt Paul Stroh, Große Frankfurterstraße 53. 138

**Mamsells** auf bessere Jacketts, Paletots, außerm. Klingberg, Gitzenweg 62 III. 138

**Arbeitskräfte** auf einen besseren Genre Mädchen-Wäschekleider, weiß und bunt, bei höchsten Löhnen und dauernder Beschäftigung gegen Vorlage von Proben verlangen Leo Cohn u. Kirschstein, Rosenstraße 17. 141/8

**Pap-Zuarbeiterinnen**, Dauerstellung, hoher Lohn gesucht. Paula Cohn, Friedrichstraße 58. 65/b

**Gebäte Mamsells** auf seidene Mäntel und Kostüme verlangen Alex Hiller u. Co., Leipzigerstraße 75. 63/b*